



Stromverbrauch zu hoch? - Erster Stromspiegel für Deutschland liefert aktuelle Vergleichswerte und motiviert zum Strom sparen

Stromverbrauch zu hoch? - Erster Stromspiegel für Deutschland liefert aktuelle Vergleichswerte und motiviert zum Strom sparen
Sparpotenzial von 320 Euro für 3-Personen-Haushalt - Neuer Stromspiegel für Mieter und Eigentümer berücksichtigt individuelle Wohnsituation
Breites Bündnis unterstützt das Klimaschutzprojekt - Ein durchschnittlicher 3-Personenhaushalt in Deutschland kann pro Jahr 1.200 Kilowattstunden (kWh) Strom und 320 Euro Stromkosten sparen. Das zeigt der Stromspiegel für Deutschland, den das Bundesumweltministerium mit Partnern aus Forschung, Wirtschaft und Verbraucherschutz im Rahmen der Stromsparinitiative erstmals veröffentlicht. Dafür wurden 110.000 Verbrauchsdaten ausgewertet. Demnach verbraucht ein 3-Personenhaushalt in einem Mehrfamilienhaus durchschnittlich 3.000 kWh Strom im Jahr. Ein effizienter Haushalt der gleichen Größe kommt hingegen im Schnitt mit 1.800 kWh jährlich aus.
Mit der eigenen Stromrechnung und den bundesweit gültigen Vergleichswerten des Stromspiegels können Privathaushalte den eigenen Verbrauch bewerten und als "gering", "niedrig", "mittel" oder "hoch" einordnen. Der Stromspiegel für Deutschland ist damit eine unerlässliche Orientierungshilfe für Mieter und Hauseigentümer. Sie können das eigene Sparpotenzial bestimmen und werden motiviert, gezielt Strom zu sparen und weniger klimaschädliche CO₂-Emissionen zu verursachen. Verbraucher haben mit dem Stromspiegel erstmals die Möglichkeit, die eigene Wohnsituation zu berücksichtigen. Individuelle Faktoren wie der Gebäudetyp oder die Art der Warmwasserbereitung fließen in das Ergebnis ein und ermöglichen eine differenzierte Bewertung des Stromverbrauchs.
Die Stromspiegel-Broschüre gibt es bei allen Projektpartnern sowie zum Herunterladen am Ende dieser Meldung. Dort finden Verbraucher auch konkrete Tipps und Beratungsangebote zum Stromsparen.
Jeder Deutsche gibt pro Jahr 400 Euro für Strom aus - Jeder Deutsche verbraucht jährlich im Schnitt 1.500 kWh Strom. Das entspricht Stromkosten von 400 Euro im Jahr. Wird das warme Wasser in Bad und Küche elektrisch erhitzt, erhöht sich der Verbrauch um 28 Prozent oder 400 kWh. Das trifft auf knapp ein Drittel aller Haushalte in Deutschland zu. Neben der elektrischen Warmwasserbereitung und der Haushaltsgröße beeinflusst vor allem die Gebäudeart die Höhe des Stromverbrauchs. Beispielsweise verbraucht ein Haushalt im Mehrfamilienhaus durchschnittlich 33 Prozent weniger Strom als ein vergleichbarer Haushalt im Einfamilienhaus. Der Grund: Außenbeleuchtung, Garten, Garage oder der Strom für die allein genutzte Heizungsanlage schlagen im eigenen Haus zusätzlich zu Buche.
Stromsparinitiative bündelt Angebote rund ums Stromsparen - Stellen Verbraucher mit dem Stromspiegel für Deutschland einen zu hohen Stromverbrauch fest, unterstützt sie die Stromsparinitiative beim Umsetzen von Sparmaßnahmen: Auf www.die-stromsparinitiative.de sind die Angebote verschiedener Akteure im Bereich Stromsparen zusammengefasst - von konkreten Stromspar-Tipps über Fördermöglichkeiten und Beratungsangebote vor Ort bis hin zum StromCheck. Dieser Online-Ratgeber hilft beim Aufspüren von Stromfressern und empfiehlt konkrete Maßnahmen.
Über den "Stromspiegel für Deutschland" und "Die Stromsparinitiative" - Der Stromspiegel für Deutschland liefert bundesweit gültige Vergleichswerte für den Stromverbrauch von Privathaushalten. Grundlage dafür sind 110.000 Verbrauchsdaten und aktuelle Studien der Projektpartner. Der Stromspiegel ist das Ergebnis eines breiten gesellschaftlichen Bündnisses von Verbraucherorganisationen, Forschungseinrichtungen, Energieagenturen und Wirtschaftsverbänden. Gemeinsam wollen sie die Energieeffizienz erhöhen und einen wichtigen Beitrag für den Klimaschutz leisten. Projektpartner sind Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Bundesverband der Energie- und Klimaschutzagenturen Deutschlands (eaD), BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V., co2online gemeinnützige GmbH, Deutscher Mieterbund (DMB), EnergieAgentur NRW, HEA Fachgemeinschaft für effiziente Energieanwendung e.V., Öko-Institut e.V., Verband kommunaler Unternehmen (VKU) und Verbraucherzentrale Energieberatung.
Der Stromspiegel wird im Rahmen der Stromsparinitiative (www.die-stromsparinitiative.de) veröffentlicht. Diese Initiative wurde vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit 2012 gestartet, um einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Vor allem private Haushalte in Deutschland sollen motiviert werden, ihren Stromverbrauch zu verringern und somit weniger Treibhausgase zu verursachen. Das Kampagnenbüro der Stromsparinitiative ist bei co2online angesiedelt.
u=0&g=0&t=1417109804&hash=dd49133c27ebbec6797d85fedf34b3420c188641
file=fileadmin/pdf/Stromspiegel/Stromspiegel2014_web.pdf>Stromspiegel-Flyer 2014
u=0&g=0&t=1417109804&hash=854f916ede8c7d996d4e6ef796c434f811e6dbe0
file=fileadmin/pdf/Stromspiegel/Stromspiegel2014_Medienblatt.pdf>Vergleichswerte für den Stromverbrauch
Deutscher Mieterbund e.V.
Littenstraße 10
10179 Berlin
Telefon: 030 / 23 23 - 0
Telefax: 030 / 2 23 23 - 100
Mail: info@mieterbund.de
URL: <http://www.mieterbund.de/>

Pressekontakt

Deutscher Mieterbund e.V.

10179 Berlin

mieterbund.de/
info@mieterbund.de

Firmenkontakt

Deutscher Mieterbund e.V.

10179 Berlin

mieterbund.de/
info@mieterbund.de

Aufgaben und Ziele Der Schwerpunkt der Tätigkeit der örtlichen Mietervereine ist die unmittelbare Interessenvertretung der Mieter. Dazu gehören zum Beispiel die Rechtsberatung und Hilfe bei Mietstreitigkeiten. Beraten und geholfen werden darf aber nur Mitgliedern der Mietervereine, so schreibt es das Gesetz vor. Viele Mietervereine bieten darüber hinaus auch Prozesskostenschutz durch eine Rechtsschutz-Versicherung. Zweiter Aufgabenschwerpunkt der Mietervereine ist die Mitwirkung an der kommunalen Wohnungspolitik und bei städtebaulichen Maßnahmen. Mietervereine verstehen sich hier als Sprachrohr aller Mieter. Sie nehmen als Sachverständige kritisch Stellung, geben Anregungen und weisen auf Probleme hin. Als Kenner des örtlichen Wohnungsmarktes erfüllen sie die ihnen gesetzlich zugewiesene Aufgabe, an der Aufstellung so genannter Mietspiegel mitzuwirken, die große Bedeutung im Mieterhöhungsverfahren für frei finanzierte Wohnungen haben und die Transparenz über die aktuellen Mietpreise schaffen. Der

Mitgliedsbeitrag bei den örtlichen Mietervereinen beträgt zur Zeit zwischen 40 und 90 Euro jährlich. Die Höhe hängt vom Leistungsangebot und dem Grad der Professionalisierung des Mietervereins ab. Im Mittelpunkt der Arbeit der Landesverbände und des Deutschen Mieterbundes steht die politische Interessenvertretung der Mieter. Der Deutsche Mieterbund ist fachlich anerkannter Gesprächspartner für Gesetzgeber und Verwaltung, der zu allen wesentlichen Gesetzgebungsmaßnahmen im Bereich Bauen und Wohnen gehört wird. Im Mittelpunkt der politischen Arbeit steht die Erhaltung und der Ausbau des sozialen Mietrechts (Mieterschutz). Kernstücke dieses sozialen Mietrechts sind der Schutz des Mieters vor willkürlicher Kündigung und der Schutz vor ungerechtfertigten Mieterhöhungen. Der Deutsche Mieterbund tritt ein für bezahlbare Mieten, ein leistungsstarkes Wohngeld und ein ausreichendes Wohnungsangebot, insbesondere auch für die Beibehaltung und stetige Förderung des sozialen Wohnungsbaus. Daneben sind Fragen des Städtebaus und der Stadtentwicklung, Maklerrecht, Nebenkosten, Heizkostenverordnung und Umweltfragen Bereiche, zu denen der Deutsche Mieterbund Vorschläge erarbeitet und kritisch Stellung nimmt. Ein wichtiges Tätigkeitsfeld ist die Aufklärung der Öffentlichkeit über miet- und wohnungsrechtliche Fragen. Bei mehr als 20 Millionen Wohnraum-Mietverhältnissen ist das Mietrecht von größter praktischer Bedeutung. Andererseits haben gesetzliche Regelungen und die Rechtsprechung zu Einzelfragen einen Umfang angenommen, der für den Laien, Mieter oder Vermieter, nur schwer zu überschauen ist. Der Deutsche Mieterbund deckt das Informationsbedürfnis ab durch regelmäßige Veröffentlichungen über die Massenmedien, eine Vielzahl von ständig aktualisierten Aufklärungsbroschüren sowie die zweimonatlich erscheinende Mieterzeitung und die mietrechtliche Fachzeitschrift "Wohnungswirtschaft und Mietrecht".